Erstes Blatt

Briesetal-Bote

Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1,0 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 0 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier. Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigenpreis für die neungespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 85. | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | Dienstag, den 1. Juli 1924 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 23. Jahrg.

Einer ruiniert den andern.

Von Poincaré haben wir gewiß keinen Anlaß, etwas Gutes zu reden, aber der Mann wußte, was er wollte. Von seinem Nachfolger, der erst einen knappen Monat im Amte ist, kann man das nicht sagen, er will demokratisch sein, und dabei ist sein Wesen sehr stark mit autokratischen Grundsätzen vermischt. Er paßt zu seinem englischen Kollegen Macdonald, sie sind alle beide Grünlinge, die in der praktischen Staatskunst noch viel zu lernen haben, sich dabei aber noch so ungeschickt zeigen, daß einer den Ruf des andern ruiniert. Für die auswärtige Politik haben die radikalen Minister keine Veranlagung. Macdonald wurstelt von Woche zu Woche weiter, bei Herriot wird nicht viel anderes herauskommen, und eines Tages werden sie gefallene Größen sein. Sie imponieren nicht. Das kann man in London schlecht vertragen und in Paris schon gar nicht.

Die Phrase vom moralischen Pakt, die Herriot gegenüber Macdonald mit großem Pathos zur Anwendung brachte, und die der Engländer mit einem „all right" (es stimmt) hinnahm, weil er in seiner Verlegenheit nur die landläufige britische Redensart zu erwidern wußte, ist ein Zeichen dafür, wie wenig die beiden Ministerpräsidenten zu tatsächlichen Entschließungen gekommen sind. Ein ganzes Bündel von Meldungen, das als reelle Wahrheit gelten sollte, war mehr der Ausdruck der bestehenden Wünsche und Hoffnungen, als die Grundlage neuer Pläne oder eines kommenden Programms, und der Umfall Macdonalds nach der französischen Seite hin ist mehr ein Versuch, den Gast aus Paris zum Vertrauen zu stimmen, als ein Entschluß, unter allen Umständen mit ihm Arm in Arm zu gehen. So ist man denn nirgends recht zufrieden.

Eine Ueberraschung bedeutet dieser Wandel gerade nicht, denn nach jeder Konferenz oder Besprechung ist es so gewesen. Immer war es wieder anders, als offiziell vorher behauptet worden war. Und darauf wurde wieder zum Guten geredet, es sei ja gar nicht so schlimm, wie es zuletzt gemacht worden sei und werde sich schon wieder zum Bessern wenden. So wird es auch jetzt abermals kommen, und das Ende vom Liede wird sein, daß das Parlament in London und die Deputiertenkammer in Paris ihrer Meister überdrüssig sein werden.

Es erübrigt sich, zu fragen, worin sich Herriot und Macdonald in London nicht haben einigen können, man kann vielmehr um Auskunft bitten, worin eine wirkliche Verständigung erfolgt ist. Da wird das Ergebnis verzweifelt mager ausschauen, denn überall stellen sich noch Bedenken und Meinungsverschiedenheiten ein. Das Dawes-Gutachten widerspricht nach Macdonalds Ueberzeugung mehrfach dem Versailler Vertrag, mit dem Defensivbündnis und anderen Sicherheiten ist es noch nichts, der Termin für die Räumung des Ruhrgebietes liegt noch in der Luft, und die Reparationen sind erst recht ein ungelöstes Rätsel.

Die Kluft zwischen den wirtschaftlichen und politischen Interessen in England und in Frankreich ist so groß, daß darüber keine Brücke geschlagen werden kann. Alle Besprechungen schaffen diese Kluft nicht aus der Welt, denn die französischen Absichten laufen letzten Endes darauf hinaus, England von Zentraleuropa fern zu halten und Frankreich die Vorherrschaft über Europa zu sichern, wie es der erste Napoleon wollte.

Wm.

Die Justizdebatte.

Aus dem preußischen Landtag.

— Berlin, 27. Juni.

In der heute fortgesetzten Justizdebatte bedauert Abg. Eichhoff (D. Vp.) die Herabsetzung der Altersgrenze für Richter, erklärt sich aber im übrigen für die Reichsjustizreform. Die Amnestieanträge seien abzulehnen weil dadurch das Vertrauen in die Strafrechtspflege erschüttert werde. Abg. v. Wangenheim (Dt.-Hann.) spricht dem Justizminister sein Mißtrauen aus, weil ihm unterstellte hohe Justizbeamte, wie der Oberlandesgerichtspräsident in Celle, durch Aufhängung von Plakaten in den Abstimmungskampf in Hannover politisch eingegriffen hätten.

Justizminister Am Zehnhoff erwidert, auf eine Anfrage sei von dem Oberlandesgerichtspräsidenten die Antwort eingegangen, das Aufhängen von Plakaten sei im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten Noske geschehen; ein nachträgliches Entfernen aber hätte als Begünstigung der Abtrennungsbestrebungen angesehen werden können, und dieser Standpunkt sei nicht zu mißbilligen.

Abg. Brückner (Soz.) unterstrich die von seinem Fraktionsfreund Kuttner am Vortage geübte Kritik an der preußischen Rechtspflege und fordert weiter Ausbau der Bewährungsfrist und sonstige Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der Gefängnisse und Strafanstalten. Abg. Kaufmann (Dntl.) polemisiert gegen die Abgeordneten Kuttner und Obuch. Als er erklärt, der Abg. Obuch habe Amnestie für alle Mörder und Verbrecher gefordert, kommt es zu großen Lärmszenen.

Abg. Meyer-Herford (D. Vp.) fordert Tüchtigkeit als Maßstab für die Auswahl der Richter. Abg. Menzel-Halle (Komm.) fordert, daß von dem Begnadigungsrecht umfangreicher Gebrauch gemacht werde.

Nachdem ein Regierungsvertreter kurz geantwortet hatte, kam es bei Ausführungen des Abg. Kuttner, der sich gegen den Vorwurf des Abg. Dr. Kaufmann, er habe sich mangelnden Mutes schuldig gemacht, verteidigt, und nähere Einzelheiten aus seinem Prozeß gibt, bei dem es sich um die Erschießung eines Arbeiters handelt, zu stürmischen Kundgebungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in Handgreiflichkeiten auszuarten drohten.

Vizepräsident Dr. Porsch vertagte darauf die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Die Notlage der Ausgewiesenen.

Aus dem Reichstage.

— Berlin, 28. Juni.

Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt, daß die Privatklageverfahren der Bankiers Dr. Karl Melchior und Max Warburg in Hamburg gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Theodor Fritsch für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollen. Der Geschäftsordnungsausschuß hat demgemäß entschieden.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Abgg. Löbe (Soz.), Henning (Nat.-Soz.), Dr. Haas (Dem.) und Roth (Nat.-Soz.) beteiligen, wird mit 128 Stimmen der Mittelparteien und der Sozialdemokraten gegen 124 Stimmen die Rückverweisung des Antrages an den Ausschuß beschlossen.

Einstimmig beschlossen wird die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgg. Buchmann, Florin und Schlecht wegen Teilnahme an einer Konferenz der in Bayern verbotenen Kommunistischen Partei.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Korell (Dem.) über die Notlage der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Verbliebenen. Verbunden damit wird ein Antrag des Zentrums auf Einsetzung eines Sonderausschusses zur Ueberwachung der Fürsorge für die aus dem besetzten Gebiet Vertriebenen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Nachprüfung der Richtlinien für die Betreuung der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Abg. Korell (Dem.) schildert die drückenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ruhrkampfes. Der Redner fordert Behilfen für Ausgewiesene, die gegenwärtig viel zu gering sind. Die Reichsbahn verweigere den Gemeinden des besetzten Gebietes in Hessen die Zahlung der Gemeindegrundsteuer, weil sie den Betrieb nicht ausführe. Die Städte mit großen Besatzungen und Behörden seien infolge der weitgehenden Beschlagnahme von Schulen mit der Durchführung des Unterrichts in großen Schwierigkeiten.

Abg. Esser (Ztr.) erinnert an Zusagen der Regierung, denen die Erfüllung oft gefehlt habe. Bedauerlich sei die bürokratische Verschleppung bei den Entschädigungen. Abg. Dr. v. Dryander (Dntl.) nennt Rhein und Ruhr den Zentralpunkt unserer Politik, das Schicksal des deutschen Volkes. Für die Rückkehr der Ausgewiesenen muß von den Wohltätigkeitsorganisationen und dem Reiche gemeinsam gesorgt werden. Abg. Sollmann (Soz.) spricht der französischen Demokratie Dank aus für ihre Kulturtat der Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen. Die Annahme der Sachverständigen-Gutachten bedeutet noch keinen Frieden, nur einen Waffenstillstand.

Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoefle gibt zu, daß Ausnahmezustände auch Ausnahmebehandlung erfordern. Er teilt dann mit, daß General Degoutte verfügt habe, daß die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen, deren Zahl 142 000 beträgt, zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich aufgeführten Personen, meist höheren Verwaltungsbeamten. Der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Hilfeleistung des Reiches für die Bevölkerung des besetzten Gebietes entgegenstellten. Er geht dann auf die einzelnen Maßnahmen der Regierung ein und gibt der Erwartung Ausdruck, daß nach dem Abbau der Regie und Besatzung die Schäden schneller und wirksamer als bisher ausgeglichen werden können.

Abg. Florin (Komm.) behauptet, daß die französischen Militaristen in erster Linie die Kommunisten im besetzten Gebiet verfolgen. Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) dankt den Rheinländern für ihr treues Ausharren. Dem besetzten Gebiet dürfe nicht nur mit Worten, sondern ihnen müsse mit der Tat geholfen werden. Abg. v. Ramin (Nat.-Soz.) betrachtet es als eine Schande, daß Deutschland sich die unerhörten Gefangenen-Mißhandlungen im besetzten Gebiet immer wieder gefallen lasse. Abg. Dr. Bayersdörfer (Bayr. Vp.) beklagt die bürokratische Einstellung der Behörden zu den Leiden des besetzten Gebietes.

Damit schließt die Aussprache. Sämtliche Anträge werden einem neu zu bildenden Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen. In dritter Lesung angenommen werden die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland.

Aufwertungsfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann neun Anträge aller Parteien, die Aufwertungsfragen betreffend.

Abg. Hergt (Dntl.) fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Es sei ungerecht, daß die Gläubiger, namentlich die Hypothekengläubiger, anscheinend die ganze Last des Krieges tragen sollen. An der dritten Steuernotverordnung sei die Regierung gescheitert und habe den Reichstag aufgelöst, aber die Gegner dieser Verordnung seien gestärkt in den Reichstag zurückgekehrt.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Par. 26 bis 32 der dritten Steuernotverordnung über die Mietsteuer aufgehoben werden.

Abg. Höllein (Komm.) erblickt in dem Kampf der bürgerlichen Parteien lediglich eine Narkotisierung der Massen, welche als Stimmvieh mißbraucht werden.

Abg. Düringer (D. Vp.) hebt hervor, daß die Aufwertungsbewegung keine Folge der Interessentenpropaganda sei, sondern eine Folge der Steuerpolitik der letzten Jahre, die eines Rechtsstaats unwürdig sei.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Fehrenbach (Ztr.), Feder (Nat.-Soz.), Dernburg (Dem.) und Emminger (Bayr. Vp.) gehen die Anträge an einen Ausschuß. Dann vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Allerlei aus aller Welt.

* **Vom Blitz erschlagen.** In der Gegend von Gladau in der Altmark wurden beim Heuen die Tochter des Landwirts Gröbler und ein 20jähriges Mädchen von einem Gewitter überrascht. Die beiden Mädchen wollten in eine Scheune flüchten. Da traf sie der Blitz und erschlug beide. — In der Nähe des Birkenwäldchens, am früheren Truppenübungsplatz Altengrabow, schlug der Blitz in die Schafherde des Gutsbesitzers Spieht. 40 Schafe wurden getötet. Der Schäfer und sein Hund blieben längere Zeit besinnungslos, konnten dann aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

* **Aufdeckung alter Kriegergräber.** Bei Rauden in der Nähe von Halle wurden bei Baggerarbeiten Kriegergräber aus dem Jahre 500 nach Christi Geburt aufgedeckt. Skelette und Waffen sind noch sehr gut erhalten. Sie sollen in das Provinzialmuseum nach Halle gebracht werden. Anscheinend handelt es sich um Gefallene aus den Frankenkämpfen gegen die Slawen.

* **Ende des Gastwirtetages.** Der Deutsche Gastwirtetag schloß in Karlsruhe mit der Annahme von Anträgen, die auf Beseitigung der Weinsteuer, Ermäßigung der indirekten Steuern und Herabsetzung der Vergnügungssteuer abzielen und für die beschlagnahmten Gasthäuser im besetzten Gebiet Entschädigungen fordern. Im Laufe der Verhandlungen trafen 500 Gäste aus der Pfalz ein, die von der Versammlung aufs wärmste begrüßt wurden.

* **Große Paketunterschlagung eines Oberpostsekretärs.** Beim Postamt in Haspe sind große Paketunterschlagungen festgestellt worden. Als Täter wurde der Oberpostsekretär Martens ermittelt. In seiner Wohnung fand eine Haussuchung statt, wobei ein ganzes Warenlager entdeckt wurde, zu dessen Fortschaffung man ein Lastauto benötigte. Die Diebstähle